

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

192 (20.8.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkassett monatlich 1.80 M., vierteljährlich 4.80 M., Bugestellt durch unsere Träger monatlich 1.70 M., vierteljährlich 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. bezw. 5.22 M. vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/2 8-11 und 2-3/4 6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelleise od. deren Raum 25 A., zuzügl. 80 % Teuerungszuschlag. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde: 1/2 8-10 vorm. für größt. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Der erste Landtag der Republik Baden.

Von Dr. C. Kraus, M. d. L.

Eine gewaltige Summe von Arbeit hat dieser erste Landtag geleistet in seinen 43 öffentlichen und 146 Kommissionen. Nur wer selbst aktiv in den Kommissionen und Fraktionen an der Vorbereitung und Ausarbeitung der Gesetze und Interpellationen mitwirkte, kann einigermaßen das Geschaffene gerecht würdigen. Es ist nicht so, wie es von den ewig Unzufriedenen draußen im Lande behauptet wird, daß in dem Kordell in Karlsruhe heute nur geschwätzt und nichts geleistet wird. Allerdings, das Schwergewicht der eigentlichen Arbeit lag in den Kommissionen. Im Plenum des Landtags sprachen sich dann die Vertreter des Volkes vor der letzten gesetzgebenden Versammlung über die von der Kommission vorgelegte Arbeit aus; hier soll der Wille des Volkes in freier gegenseitiger Aussprache zum Ausdruck kommen. Nicht nur um Gesetze handelt es sich da; alle großen und kleinen Wille des Volkes, aller seiner Klassen und Schichten, kommen hier zur Sprache und in gegenseitiger Aussprache unter sich und mit der Regierung suchen dann die Abgeordneten den Weg zum wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau. Es ist natürlich im Rahmen eines verhältnismäßig kurzen Aufstieges nicht möglich, auf alle geleistete Arbeit im einzelnen einzugehen. In einem ersten Artikel sollen in aller Kürze die wichtigsten Gesetze, die der Landtag verabschiedet hat, besprochen werden. Ein weiterer Artikel wird sich dann mit den wichtigsten Interpellationen zu befassen haben.

I.

Am 21. März hat der Landtag, der am 5. Januar als verfassungsgebende Nationalversammlung auf Grund des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Verhältniswahlrechts gewählt worden war, die neue badische Verfassung in erster Lesung verabschiedet. Ein gewaltiges Werk ist hier in angelegentlichster zweimonatlicher Arbeit geleistet worden. Der freie und souveräne Volksstaat Baden wurde errichtet, die Demokratie bis zur äußersten Konsequenz durchgeführt, im Aufbau der Regierungsorgane, in den Rechten des Landtags, in den Urrechten der Volksinitiative und des Volksreferendums. Man kann an Einzelheiten der Verfassungsberechtigten Kritik üben, aber das wird man noch im allgemeinen zugeben müssen, die ganze schwierige Materie der staatsrechtlichen und kulturpolitischen Fragen hat eine Lösung erfahren und wir Sozialdemokraten können mit derselben durchaus zufrieden sein. Gerade in den so wichtigen Fragen des Nationalunterrichts, der Privatindustrie u. a. haben wir für Baden eine Lösung erreicht, hinter der noch unserer sozialistischen Auffassung die neue Reichsverfassung weit zurückbleibt. Besonders findet sich im neuen Reichsgrundgesetz ein Kompromiß, die uns in Baden nicht zwingt, das in diesem Kampf Erzwungene wieder preisgeben zu müssen. Auf Grund des Einführungsartikels der badischen Verfassung fand am 13. April eine Volksabstimmung statt, in der mit der überwiegenden Mehrheit der abgegebenen Stimmen die Verfassung als neues Staatsgrundgesetz angenommen wurde.

Unmittelbar im Zusammenhang mit dem neuen badischen Verfassungsgesetz steht das Gesetz die Änderung der Gemeinde- und Städteordnung betreffend vom 13. März, das ausdrücklich als Notgesetz bezeichnet wurde. Die von uns längst vertretene und geforderte von der Revolution endlich geschaffene neue Auffassung vom Wesen des Staates und der Gemeinde fand hier ihre notwendige Auswirkung. Jedes Vorrecht des Standes und Besitzes auch in der Gemeinde ist gefallen. Lediglich die Wertung der Person soll ausschlaggebend sein für das Gemeindeglied. Alle Jugendlichen sind wahlberechtigt, die bisherigen Schranken, bestehend in der selbständigen Lebensstellung, Zahlung von Steuern und wirtschaftlicher Unabhängigkeit sind gefallen. Damit hat das Klassenwahlrecht auch in der Gemeinde aufgehört zu existieren. Zugleich ist für die Frauen auch hier die volle politische Gleichberechtigung geschaffen worden. Das Verhältniswahlrecht ist auch für die Gemeinde anerkannt, auf seiner Grundlage wird in Zukunft auch die Gemeindeverwaltung den wahren Volkswillen zum Ausdruck bringen. — Noch manche Bestimmungen der alten Gemeinde- und Städteordnung bedarf der Reform. Bereits ist eine Kommission am Werk, eine neue Gemeinde- und Städteordnung fertig zu stellen, die auf dem Boden der neuen badischen Verfassung stehend, den neuen politischen Ideen und Forderungen der Revolution entsprechen soll.

In demselben Problemgebiet gehört das Gesetz die Änderung des badischen Verwaltungsorgansgesetzes betreffend vom 28. März. Auch auf diesem wichtigen Gebiet der Bezirks- und Kreisverwaltung war der bestehende Zustand durch die Revolution unalterbar geworden. Auch diese beiden wichtigen Selbstverwaltungsgesetze galt es auf breitere demokratische Basis zu stellen und sie zugleich von jeder bürokratischen Bevormundung frei zu machen. Auch hier ist eine alte Forderung der Sozialdemokratie, die in wachen bürgerlichen Landtagen von uns immer wieder erhoben worden ist, erfüllt worden. Der Schwere unserer Partei im Landtag hat mit Genüge deutlich hervorgehoben,

wie sehr nationalliberale Parteizugehörigkeit und „Regierungstreue“ früher bei der Verurteilung der Bezirksräte maßgebend gewesen ist. Man hat ja Sozialdemokraten „wegen Mangel an Gemein Sinn“ nicht zu Bezirksräten ernannt. Mit diesem alten Topf ist jetzt endlich ausgeräumt worden. Mit diesen drei Gesetzen der neuen Verfassung, dem Notgesetz der neuen Gemeinde- und Städteordnung und dem neuen Verwaltungsorgansgesetz ist das Fundament der Demokratie: ung der gesamten Verwaltung geschaffen, die Bahn für den Tätigen in der politischen Verwaltung ist damit frei gemacht, alle Volksgenossen ohne Ausnahme haben teil an der Demokratie.

Unter den übrigen Gesetzen ist für uns von Wichtigkeit, das Gesetz den Geschäftskreis der Ministerien betreffend vom 2. April, das anlässlich der Neubildung der badischen Regierung auf Grund der Verfassung verabschiedet wurde. Es kann hier nicht auf die Einzelheiten dieses gerade für die Technik der Staatsverwaltung so wichtigen Gesetzes eingegangen werden. Auch wäre gerade hier manches kritische Wort bezüglich der Ministerien zu sagen, doch das mag anderer Gelegenheit vorbehalten bleiben. Dadurch, daß das gewerbliche und kaufmännische Unterrichtsweesen einschließlich der Kunstgewerbe- und Bauwerkerschule vom Ministerium des Innern weggenommen und dem Unterrichtsministerium zugewiesen worden ist, ist die Grundlage für eine einheitliche und geordnete Organisation des gesamten Schulwesens unter sein pädagogischen Gesichtspunkten geschaffen worden. Das wichtigste in diesem Gesetz aber ist die Bildung des Arbeitsministeriums. Dieses Ministerium wird neben dem des Innern die schwerste Arbeit der nächsten Jahrzehnte zu leisten haben. Die Fragen der Arbeiterrechte, Arbeiterkündigungsgesetz, Gewerbeaufsicht, Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten, Tarifverträge, Organisation des Arbeitsmarktes, Sozialversicherung und soziale Hygiene, um nur einige zu nennen, gehören zu den Aufgaben dieses Ministeriums. Es wird zusammen mit dem Reichsarbeitsministerium in erster Linie den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau Badens zu leisten haben. Dadurch, daß geeignete Männer aus der Praxis, die das Vertrauen der Arbeiterklasse besitzen und seit Jahrzehnten in der Gewerkschaftsbewegung tätig sind, zur Mitarbeit herangezogen werden, ist die Garantie für gerechtl. Arbeit gegeben. Man kann nur wünschen, daß alle Organisationen, die für die Lösung der angebotenen Aufgaben in Betracht kommen, mit ihrer Kraft und Sachkunde die Arbeit dieses Ministeriums nachdrücklich unterstützen. Möge es hier nie an der nötigen Initiative und unter her fehlen.

Die Franzosen in der Pfalz.

Ein Proteststreik der Einwohnerschaft von Speyer.

Wir berichteten gestern kurz, daß die Franzosen den sozialdemokratischen Stadtrat Ober in Speyer verhaftet haben. Ueber die Gründe lesen wir in der „N. Bad. Landeszeitung“ folgendes:

Den Anlaß gaben wieder Dr. Haack und seine Spießgesellen, deren einer, Eggerdors, — mit seinem richtigen Namen Ahrens — vor einigen Tagen durch ein Flugblatt dem pfälzischen Volke in seiner ganzen abfälligen Schleichheit dargestellt worden ist. Vermutlich im Zusammenhang mit der Vorbereitung dieses Flugblattes wurde am Samstag, den 16. August, nachmittags 6 Uhr, das Stadtratmitglied Friedrich Ober, ein außerordentlich beliebter und das ganze Vertrauen der ganzen Bevölkerung genießender Arbeiterführer, von den Franzosen mit seiner ganzen Familie verhaftet, wie ein schwerer Verbrecher gefesselt in brutalster Weise behandelt und zu den Verhören geschleppt. Mit der Heftigkeit trieben die französischen Besatzungspolizisten und Gendarmen, die mit Spürhunden erschienen waren, die in der Wirtschaft des Ober anwesenden Gäste hinaus, so daß sich diese nur durch eilige Flucht vor den Schlägen retten konnten. Die ganze Wohnung wurde nun von oben bis unten in der rohesten und rücksichtslosesten Weise durchsucht, Stühle zertrümmert, Biergarnituren zertrümmert, Papiere durchwühlt u. dergl. mehr. Zugewandt des Weges kam und sich das von französischen Posten bewachte Haus betrat, wurde unter Schimpfen und Drohen mit der Peitsche vertrieben oder verhaftet und unter jählicher Bedeckung abgeführt.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Kunde von diesen Heldentaten, die an Brutalität alles bisher Erlebte übertreffen, durch die ganze Stadt und rief überall tiefste Erregung und Verbitterung hervor, die sich in nicht mißzuverstehender Weise Luft schafften und sich auch ganz besonders gegen die Landauer Hochverräter richtete, die letzten Endes verantwortlich für all dies Unglück sind, das nun schon so viele Familien betroffen hat.

Die Erregung steigerte sich am Sonntag immer mehr, doch blieb alles äußerlich ruhig. Am frühen Morgen aber des heutigen Tages bedeckten Flugblätter, die überall angeschlagen waren und von Tausenden gelesen wurden, den Willen der Speyerer Bevölkerung, in erster und entschlossener Weise zu zeigen, daß sie nicht gesonnen ist, zu solchen Gewalttätigkeiten sich herabzulassen. Das Flugblatt forderte mit kurzen Worten die gesamte Einwohnerschaft auf, die Arbeit ruhen zu lassen. Die so wenigen Worte besaßen ihre Wirkung nicht; ein Feiertag war für unsere Stadt angedrohen, ein Feiertag, an dem sich alle Kreise der Bevölkerung mit einer Selbstverständlichkeit beteiligten, die bewies, wie entschieden und geschlossen man hier das rücksichtslose und maßlose Auftreten der Besatzungsbehörden beurteilt. Die Arbeitsstätten in der ganzen Stadt blieben leer; die Arbeit ruhte in allen Betrieben; alle Verkaufsstellen blieben geschlossen den ganzen Tag über, wie am höchsten Feiertag; die Zeitungen erschienen nicht, Wertigkeiten und Vergnügungslokale wurden nicht besucht. Der Verkehr auf den Straßen war in den

ersten Stunden wohl lebhafter als sonst, aber bald folgten die Massen den Besatzungen und Speyer bot dann das Bild einer toten Stadt. In großer Ungewißheit sahen die französische Besatzung zu sein; kaum ein Soldat ließ sich in den Straßen blicken, nur hier und da eilte ein Offizier durch dieselben, vermutlich, um dann über den Eindruck berichten zu können. Speyer darf sich rühmen, damit den ersten Arbeiter- und Bürgerstreik in der Pfalz in geradezu glänzender Weise durchgeführt zu haben. Und es hat dazu keiner künstlichen Anreizung bedurft, nein, die Stimmung dazu haben einzig und allein die Landauer Landesverräter und ihre französischen Helfershelfer hervorgerufen. Mögen sie erkannt haben, daß trotzigem Verneinern die Bevölkerung geneigt, in Treue und Bruderschaft zusammengeführt hat, um einmütigen Protest einzulegen gegen französische Gewalttat und Landauer Hochverrat.

Bandenkämpfe in Oberschlesien.

Kattowitz, 19. Aug. Das Pressebüro des Staatskommissariats meldet: Die Lage im ober-schlesischen Gebiet ist nach wie vor ernst. Unsere Truppen sind bemüht, des Aufstandes Herr zu werden. Es ist dringend notwendig, daß sofortige Truppenverfügungen in das Aufstandsgebiet geschickt werden, schon um die Grenzen ordnungsmäßig zu besetzen und eine Verbindung der Zinjurgenten und Polen unnötig zu machen. Die Lage im Kattowitzer Bezirk ist leider so, daß zwar Myslowitz und Kattowitz seit in den Händen unserer Militärs sind, daß aber die übrigen Teile des Bezirks zum größten Teil als von den Zinjurgenten besetzt zu betrachten sind. Etwas günstiger ist die Lage im Beuthener Bezirk. Aber auch hier ist sie ernst.

In Verichten aus dem Kattowitzer Bezirk heißt es: Im Laufe des gestrigen Tages fanden dauernd Kämpfe in den Dörfern Moßbin, Schoppitz, Janow und Gieschwald mit bewaffneten Banden, die mit Maschinengewehren und reichlicher Munition versehen waren, statt. Leider gelang es den Banden, einzelne unserer Feldwachen aufzuheben. Gegen Abend mußten angesichts dieser Lage die Truppen aus Kattowitz und Myslowitz zurückgezogen werden.

Berlin, 20. Aug. Die Meldungen, die gestern Abend aus Oberschlesien hier eingelaufen sind, gestatten der „Post“ zufolge den Schluß, daß die Krise wenigstens soweit die Kämpfe mit Banden des polnischen Aufstandes in Frage kommen, überwunden ist. Die Verhängung des verhängenen Besatzungszustandes in einigen Bezirken hat auf die Spartaisten abtödend gewirkt. Auch in der Streikbewegung sei ein Absinken bemerkbar. Und selbst dort, wo die Stellen glauben mit einem Ende des Streiks in den nächsten Tagen rechnen zu dürfen. In der Arbeiterchaft macht sich zweifellos ein Umchwung der Stimmung bemerkbar, der auf die wachsende Erkenntnis zurückzuführen ist, daß der Streik nur den polnischen Zinjurgenten und den Spartaisten ein willkommenes Stützort gewesen ist.

Befehung von Chemnitz durch die Reichswehr.

Chemnitz, 19. Aug. Die um Chemnitz versammelten Truppen sind heute früh kampflös in die Stadt eingezogen. Der Oberbefehlshaber fordert in einer durch Flieger abgenommene Bekanntmachung die Bewohner auf, Ruhe zu beobachten die Arbeit ohne Störung fortzusetzen und die Truppen in keiner Weise zu belästigen.

Kleine Nachrichten.

Mühlhausen, 19. Aug. In ganz Oberschlesien ist both der Arbeiterchaft ab heute der Generalstreik erklärt worden. In Mühlhausen haben die Straßenbahnen den Betrieb eingestellt. Am Montag morgen setzte auch das elektrische Licht aus. Die öffentlichen Betriebe sind durch den Zustand ebenfalls lahmgelegt.

Berlin, 19. Aug. Der englische Ministerpräsident Lloyd George ist vorgestern in Köln eingetroffen, wo ihm zu Ehren gestern mittag eine große Parade stattfand, bei der alle Truppenformationen vertreten waren.

Berlin, 20. Aug. Nachdem es bereits am Sonntag infolge größerer Streitigkeiten zwischen polnischen Bürgern und Grenzschutzsoldaten in Thorn zu Zusammenstößen gekommen war, bei denen fünf Soldaten verletzt wurden, rotteten sich, wie der „Berl. Lokalanz.“ meldet, gestern nachmittag zahlreiche Arbeitslose zusammen, die mehrere Geschäfte völlig ausplünderten. Die Garnison ist alarmiert. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Berlin, 20. Aug. Aus Hamburg wird dem „Berl. Lok.“ gemeldet: Etwas 300 Verwundete kamen aus England gestern mit einem Logarattzuge aus Weikel hier an. Nach ihren Schilderungen war die Behandlung in den englischen Krankenhäusern äußerst schlecht. Winchester soll das schlimmste Gefangenenlager sein und nach ihm Fortford.

Düsseldorf, 20. Aug. Gestern Abend wollten mehrere Mann in der Kaserne eine Mine entladen, als diese plötzlich explodierte. Ein Unteroffizier, ein Gefreiter und ein Mann wurden getötet, mehrere Mann wurden verletzt.

Amsterdam, 19. Aug. Laut „Allg. Handelsblad“ schreibt „Ged van Antwerpen“: Die Folge davon, daß Belgien aus Vaterlandsliebe keinen Handel mit Deutschland treibt, sei die, daß die Engländer in Deutschland allerlei Produkte aufkaufen und sie in Belgien mit großem Gewinn weiterverkaufen.

Zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes.

Nr. 57.

Große Sitzung vom 17. Oktober 1913.

Anwesend: Der Reichstanzler, der Vizekanzler, der Kriegsminister, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, des Reichs...

Der Reichstanzler: Die Lage, in der wir uns befinden, ist die Folge des Schrittes, den wir am 5. Oktober getan haben. Damals war es der dringende Wunsch der Obersten...

General Ludendorff: Es wurden schon früher eine Reihe von Fragen an mich gestellt, die präzis zu beantworten ganz ausgeschlossen ist. Der Krieg ist kein Rechenexempel...

Kriegsminister Scheuch: Wenn ich Ergänzungen Ludendorff recht verstehe, so sagt er: erhalten wir den einmaligen Zuwachs, so wird sich die Lage wesentlich ändern. General Ludendorff: Ja! Kriegsminister Scheuch: Ist dabei bedacht, daß die Amerikaner immer noch mehr Ergänzungen bekommen wie wir?...

Staatssekretär Groeber: Die Stimmung im Lande ist im Sommer dieses Jahres eine recht schlechte gewesen. Das haben gerade Urlauber berichtet, die zu Hause allerlei Schauererzählungen erzählt haben. In einer großen Armee kommt natürlich manches...

Gewalttätige in der Behandlung der Leute vor, da kann noch viel gebessert werden. Vor allem die Verpflegung für Mannschaften und Offiziere.

Staatssekretär Scheidemann: Ich glaube gern, daß man noch Hunderttausende für das Meer mobil machen kann, aber man täuscht sich, wenn man glaubt, daß diese Hunderttausende die Stimmung im Meer verbessern würden. Das Gegenteil ist meine feste Überzeugung. Schon die Dauer des Krieges gerührt das Volk, und dazu die Enttäuschungen. Der U-Bootskrieg hat enttäuscht, die technische Überlegenheit der Gegner, der Abfall der Bundesgenossen oder doch ihr vollständiger Vortritt, dazu die sich steigende Not im Innern...

(Fortsetzung folgt.)

Die Politisierung der Beamten.

Von Eisenbahnsekretär D. Beez-Karlsruhe.

Die politische Entmündigung der Beamten im Obrigkeitsstaat war die logische Folgerung der Unterordnung der Beamten unter allen Umständen unter die staatlichen Machthaber, der mit allen Mitteln von den Beamten erzielten Anerkennung und Verherrlichung außerhalb des Volksganges, mit dem verbrieften Vorrecht, Diener der Staatsgewalt zu sein.

Rundum wurde durch die Einengung der politischen Freiheit das Recht der Beamten als Staatsbürger verkleinert; es wurde ihnen dadurch ein Stiel verleiht, der sie von der politischen Verantwortung entheilt. Die Beamten, die infolge ihrer Intelligenz, ihrer berufsmäßigen Beschäftigung mit den Staatsdingen, die ihnen zweifellos eine Fülle sachlichen Materials bot für die Beurteilung der öffentlichen Angelegenheiten, das andere Bedürfnis fehlte, berufen waren, hervorragende Gemeinleistung zu leisten, war diese Arbeit entweder direkt verboten, oder durch die Sorge unmöglich gemacht, es möchte ihnen dadurch Unannehmlichkeiten erwachsen. Die Sorge war nicht unbegründet. Ohne starken Rückhalt an seiner Ständesorganisation, die nicht gewillt war, mit allen Mitteln die politische Maßregelung ihrer Beamten zu wahren, führte die politische Betätigung der Beamten in nicht-offiziellen Sinne zu zahllosen Fällen zur Entzweiung von Beamten und Lehrern, zum mindesten aber zu starken Störungen des Familienlebens. Wer zählt die Strafverfahren, Beförderungshindernisse, Kalkulationen, Kränkungen der Beamten, die auf politische Arbeit zurückzuführen sind? Hier offenbart sich ein Jahrhundert...

Hierdurch hat der Obrigkeitsstaat sich selber am meisten geschädigt. Er hat damit die Gebanarbeit einer Klasse für das Volkswohl ausgeschaltet. Die Beamten, die infolge ihrer Intelligenz, ihrer berufsmäßigen Beschäftigung mit den Staatsdingen, die ihnen zweifellos eine Fülle sachlichen Materials bot für die Beurteilung der öffentlichen Angelegenheiten, das andere Bedürfnis fehlte, berufen waren, hervorragende Gemeinleistung zu leisten, war diese Arbeit entweder direkt verboten, oder durch die Sorge unmöglich gemacht, es möchte ihnen dadurch Unannehmlichkeiten erwachsen. Die Sorge war nicht unbegründet. Ohne starken Rückhalt an seiner Ständesorganisation, die nicht gewillt war, mit allen Mitteln die politische Maßregelung ihrer Beamten zu wahren, führte die politische Betätigung der Beamten in nicht-offiziellen Sinne zu zahllosen Fällen zur Entzweiung von Beamten und Lehrern, zum mindesten aber zu starken Störungen des Familienlebens. Wer zählt die Strafverfahren, Beförderungshindernisse, Kalkulationen, Kränkungen der Beamten, die auf politische Arbeit zurückzuführen sind? Hier offenbart sich ein Jahrhundert...

langes Märtyrertum von Beamten-Persönlichkeiten, von dem heute kein Lied mehr singt.

In einem aber hat diese ungerechtfertigte Handlungsweise den ganzen Beamtenstand auf das schwerste noch auf lange hinaus geschädigt: Im Ansehen des Volkes. Wie konnte das Volk die Überzeugung der Beamten achten, wenn es sich bewußt war, daß diese Überzeugung nicht der Ausfluß eigenen Erkennens, sondern die vom Staate seinen Beamten auferlegene Annahme war! Ein Rückschlag auf all die verhehlten Experimente in der Weltkriegsperiode, im politischen und wirtschaftlichen Leben, zu deren Durchbringung beim Volke der Staat die Beamten nötigte, muß dem Beamten heute die Schamröte ins Gesicht treiben. Können die Beamten dem Volke verargen, wenn es auch heute ihre Autorität nicht anerkennt, weil die Beamten in dem begründeten Verdachte standen, daß ihre Meinung ein Echo der Meinung ihrer Vorgesetzten war.

Die Errichtung des Volksstaates hat den Beamten ein Geschenk in den Schoß geworfen, die politische Freiheit der Beamten. Freilich ist damit die Frage der Politisierung der Beamten noch nicht gelöst, denn diese ist in der Hauptsache eine Frage der politischen Erziehung der Beamten. Wenn ein Teil der Beamten auch weiterhin in politischer Abstinenz verharrt, und ein anderer Teil in politischen Dingen von „Oben“ sich die Richtlinien geben läßt, dann bleibt eben der Zustand der politischen Entmündigung für die Beamten bestehen. Bessere Erziehungsmethoden tut hier not. Der Interessenskreis der Beamten muß erweitert werden; bei der Wehrkraft ist er heute noch sehr eng, er geht nur wenig über die Gebaltsfrage hinaus; darin sind sie allerdings, wie man sich ausdrückt, schlimmste Sozialdemokraten. Sie erstehen, abseits vom Volksgange, ihre Grundsätze aus drückender wirtschaftlicher Lage, in der sie sich infolge eigener verfehlter sogenannter Ständepolitik befinden, anstatt ihre ökonomische Gleichstellung mit den anderen Berufsständen durch Anschluß an das arbeitende Volk zu suchen.

Aber was den Beamten vor allem abneigt, ist der Gemeinheitswille, sich zu vollen Staatsbürgern zu entwickeln, sich zu politisieren, der aus ihrer Mitte spontan entfliehen möchte. Eine solche Entwicklung der Beamten, die bereits in allen politischen Lagern Anfänge zeigt, wäre gleich bedeutungsvoll für den Staat als auch für die Beamten selbst.

Werden die Beamten wirkliche Staatsbürger, also freie Menschen, die von ihnen übernommenen Pflichten freiwillig mit höchstem Verantwortungsbewußtsein erfüllen, dann erst wird der Volksstaat, der mit neuem besseren Geist erfüllt ist, dessen höchstes Ziel die Förderung aller seiner Glieder zu glücklichen Menschen ist.

Deutsches Reich.

Ein unabhängiger Schrei nach den Reichswehrtruppen! Wer hätte das gedacht, schreibt das „Hamburger Echo“, daß die unabhängige „Volksgewalt“ die von den Unabhängigen so viel geschmäht und angefeindeten Reichswehrtruppen barmherzig würde. Sie rufen freilich nicht nach den Reichswehrtruppen, sondern nennen sie verächtlich Ordnungstruppen, indem sie anlässlich der Mitteilung von 40 Einbrüchen fragen: Wo stehen die Ordnungstruppen? Womit sie zugestehen, daß für die Truppen noch sehr viel in Hamburg zu tun ist, was sie beim Einmarsch der Truppen mit ungeheurem Kraftaufwand bestritten. Damals war nach ihrer Behauptung Ruhe und Ordnung längst wieder hergestellt und die „Rechtsozialisten“ wurden in gemeinsamer Weise beschimpft, weil sie den Einmarsch der Truppen bildeten. Die aus den Gefängnissen befreiten Gefangenen haben bisher noch nicht alle wieder eingelangt werden können, wie die vielen Einbrüche und die Raubmorde der letzten Zeit beweisen. Denn auch die beiden Mörder des Reich sind im Juni bei den Anrufen aus dem Gefängnis befreit worden und wurden von der Menge auf die Hamburger Bevölkerung losgelassen und der junge Lech wurde das unglückliche Opfer der beiden. Die Ordnungstruppen sind eben noch nicht zu entlassen und hinter dem Schrei nach ihnen zeigt sich die wahre Meinung der Unabhängigen, die aus agitatorischen Gründen die Ordnungstruppen bekämpfen.

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

60 Nachdruck verboten.

Der Köchin Zuzanna Geduld wurde auf eine harte Probe gestellt, ihre Kräfte drohten zu zerfallen, so lange blieb die Besucherin drinnen. Ein paar Mal schon hatte sie an der Tür gehorcht — was redete die? In's Studierzimmer hineinzugehen getraute sie sich nicht, so blieb ihr nichts übrig, als mit den Herdrinnen zu raffen, mit den Topfdeckeln zu klappern und das Müdel zu verwünschen, die Hege, die schielige, die einen nicht gerade ansehen konnte. Die war sicherlich, bevor sie getauft war, dreimal unter einem Tisch und zwischen dessen Beinen durchgezogen worden! Betrachte nur einer Ihre Augen: der Augenstern war ja nicht rund, sondern länglich wie bei einer Katze. Die hatte den bösen Blick. Alles, was die anstarrte, mußte eingehen!

Auf den Hund den bösen Blick! Zuzanna wurde dreimal aus und bekreuzte sich dann dreimal. Die würde doch nicht etwa Warrköchin werden wollen? Es war schon längst dunkel, als Stasia aus der Studierstube wieder heraustrat. Sie hatte dem Herrn Wopff gebrüllt und viel dabei gemeint. Sie schluckte noch, als der Herr Wikar sie hinausgelockt in den Flur. Er klopfte fest die Rückenklir, die Zuzanna aufgeschrien hatte; so konnte diese gar nichts mehr hören. Es dauerte wiederum noch eine geraume Weile, bis die Haustür klappete und der Herr Wikar zurückging ins Studierzimmer.

Wingigen Sternen gleich flimmerten die Lichter von Boctedo-Ansiedlung, auf die Stasia jetzt zutritt. Sie eilte, denn sie fürchtete sich ein wenig. Das Dorf lag weit hinter ihr, ihr auch hörte sie nur noch sein Gundegebell, und sonst war rings um nichts als die umgekehrte nächtliche Weite. Ihren Kopf rasselnd, schritt sie burtiger aus. Was, an Gelpenstern glaubte sie nicht, wie die dummen Bauern — was schwärzten die da vom Hia Gora? Wenn wenigstens ein freier dort brennen würde, wie im Berg der heiligen Dreifaltigkeit bei Mikoslaw! Dann würde sie hinabrennen, selbst wenn der Teufel dabei läse und den brennenden Schatz bewachte, und sich die ganze Schürze voll Goldstücke raffen; sie fürchtete den Teufel...

und alle Geister nicht. Aber jetzt hatte sie Angst; es war so finstern hier, schon so spät und sie ganz allein. Wenn nun einer käme und sie ansehe! Suh, trappste da nicht schon hinter ihr ein Schritt?

Sie traute sich nicht, nach hinten zu schauen, aber hastig fuhr ihre Hand nach den langen baumelnden Dörgehängen — wenigstens die retten, wenn ein Räuber nähte! Aber sie hatte die Hände noch nicht ausgehakt, als der Gefährliche auch schon neben ihr war.

Sie guckte von der Seite. So viel sie sehen konnte beim schwachen Sternlicht: ein blonder Krauskopf, breit in den Schultern und doch schlank wie eine Biene. Ein Schwab! Mächtig, er redete sie an auf deutsch: „n Wend, Mädchen, gehst du?“ — er verbesserte sich rasch, als er ihr vornehmtes Kleid sah — „gehen Sie so allein, Fräulein?“

Sie sagte leise: nein, der tat ihr nichts! Aber dann schauerte sie zusammen wie ein banges Kind und sprach auch auf deutsch: „Ja, fürchte mich!“ „No, warum denn? Vor mir doch etwas nicht?“

Sie nickte. „Nein, das hatte sie wirklich nicht nötig! Gutmütig lachend ging er ein wenig von ihr ab auf die andere Seite der Straße. „Ja, tu Ihnen nie, Fräulein,“ sagte er treuerherzig, „wahrhaftig's Gott mit! Aber wenn et Sie nit geniert, geh' ich en Stückchen mit Ihnen lang! Wohin wollen Sie dann gehen, Fräulein?“

Sie sagte ihm, wer sie wäre, und daß sie zurück ins Foulshaus wolle.

Hja, da hatten sie ja bis in die Kolonie denselben Weg! Er nannte ihr auch seinen Namen. Das beste Haus in der Ansiedlung — 's war ihr gewiß schon aufgefallen? — das mit den Fenstern rechts und links von der Haustür, mit den Ställen apart und mit der Scheune, die das Vierer kloß, gehörte seinem Vater. Es tat ihm gut, ihr das zu sagen, sie war ein hübsches Mädchen und gefiel ihm wohl. Davonder betradete er den zierlichen und doch vollen Wuchs. Am, die polnischen Mädchen waren alle nicht übel, aber die hier noch doch jede andere aus! Während ging sie und so leicht, man hörte kaum ihren Schritt. Das matte Sternlicht zeigte nicht viel, aber es zeigte doch genug; es umflimmerte ein blaßrundes, künftiges Gesicht mit einem weichen Stumpfnäschen. Als sie...

ihn ansehete, sah er Erbsen. Und blonde Haare kamen unterm Hut vor, eine ganze mächtige hochgewölbte Kugel über der Stirn.

Er machte verlebte Augen. Um sie beide war eine große Stille; mochte man auch blinke: nirgendwo ein Mensch, nicht einmal ein Tier. Die kitzelnden Nadeln der Anstehung blinzelten noch fern, kein Gundegebell aus dem Dorf war mehr zu hören, selbst der Wind hielt sich still und pustete nicht. Da machte er wieder rasch die paar Schritte über die Straße zurück an ihre Seite und legte fest den Arm um ihre Taille. Sie trug kein Korsett, er fühlte die weiche Weigung ihrer Hüften.

Stumm ließ sie sich gefallen, und als sein Arm etwas fester drückte, ließ sie auch das sich gefallen. Nicht nebeneinander, bei jedem Schritt auf dem holprigen Randweg schürten an Säulen reibend, gingen sie in die Einarmkeit. Unwillkürlich dampften sich ihre Stimmen, zuweilen nur girte ein Rauchen des Mädchens auf. Als sie in die Kolonie kamen, ließ Valentin den Arm von ihren Hüften, aber sie gingen miteinander weiter.

(Fortsetzung folgt.)

Literatur.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 17. Nummer des 38. Jahrgangs erschienen. Der Preis der Nummer ist 20 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag A. S. W. Dieß Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 20. Heft vom 2. Band des 37. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Hugo Heinemann f. Von S. C. — Politisches Leben in der Türkei. Von Friedrich Schrader. — Der Geschäftslinterieur an den höheren Bekleidungsstellen. Von Dr. Fecht (Königsberg i. Pr.). — Der Gegenwart über die Organisation der Betriebskräfte. Von Dr. Georg Plotow. (Schluß). — Eine neue Weltgeschichte von Dr. Sommer. — Literarische Rundschau: C. S. Becker, Gebanien zur Hochschullehre. Von G. Tunon.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolporturen zum Preise von M. 6.50 das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Aus der Partei.

Auf dem Wege zur Vernunft?

In Sachen ist ein schwieriger Fall eingetreten. Die Unabhängigen wollen sich nicht dem Vorwurf aussetzen, durch eine Politik der vollkommenen Vernunft die Sozialdemokratie zum Zusammenarbeiten mit den Bürgerlichen gezwungen zu haben und haben darum eine Reihe von Bedingungen formuliert, unter denen sie mit den Sozialdemokraten eine gemeinsame Regierung bilden wollen. Darüber gibt es nun natürlich beim nächsten Anhang der Unabhängigen viel offene Mäuler, man sagt sich dort, wie es möglich sei, daß man sich mit den Rechtssozialisten verbinden kann, die doch das Proletariat an den Kapitalismus verraten haben und überhaupt bekanntlich die größten Schäfte sind die Gottes Erdboden jemals trug. Die „Freiheit“ hat nun große Mühe, ihren Lesern schonend den Gedanken beizubringen, daß die freundlichen Redensarten, mit denen man in ihren Spalten die Rechtssozialisten zu regieren pflegt, gar nicht so ernst zu nehmen sind und daß das Zusammenarbeiten mit den „Rechtssozialisten“ unter Umständen doch eine ganz nette Sache sein könnte. Sie wird wieder, ganz wie in der schönen Zeit, da es in Berlin noch unabhängige Minister gab, hervorragend verständig, indem sie eine theoretische Rechtfertigung des Zusammenarbeitens mit folgenden Ermahnungen verbindet:

„Was die Kritiker des Fraktionsbeschlusses gegen diese Auffassung ins Feld führen, war äußerst schwach. Selbst die entschiedensten Befechter des Nationalrats mühten zugeben, daß der Parlamentarismus neben dem Nationalismus als brauchbar für den Kampf gegen die kapitalistische Reaktion beizubehalten ist. Um so unlogischer war es, wenn sie ohne weiteres die Konsequenzen des Parlamentarismus ablehnten mit der merkwürdigen Begründung, die Massen würden es nicht verstehen.“ Als ob wir unsere Stellung nach der Stimmung der unangenehmsten Parteien nicht viel mehr nach unserer politischen Überzeugung zu richten hätten! Das ist ja gerade unsere Aufgabe, die Massen aufzuklären und für den Sozialismus reif zu machen. Auch jetzt noch; denn die Unklarheit in der Arbeiterklasse ist noch immer erschreckend groß.“

Wahrhaftig ja! Nur können wir nicht finden, daß es die Massen richtig aufklären heißt, wenn man die Sozialdemokraten einmal als Kerle hinstellt, von denen ein christlicher Hund kein Stück Brot nimmt, und sich das andererseits erklärt, die Ministerposten mit ihnen zu teilen, wenn man einmal den Parlamentarismus als eine vollkommen überlebte Sache hinstellt und das andererseits „die Konsequenzen“ aus ihm zieht in der Richtung nach dem Ministerposten. Die „Konsequenzen“ sieht man ja ganz deutlich — aber wo ist die Konsequenz?

Deutsche Nationalversammlung.

Eröffnung der Sitzung um 10.05 Uhr.

Kurze Anfragen.

Eine Anfrage des unabh. Abg. Seeger behandelt die Forderung für die vertriebenen Elter-Vertriebenen. Herr Nat. Weller erwidert, die Notlage dieser Vertriebenen sei der Reichsregierung bekannt. Die Hilfsaktion sei dem Notrat übergeben worden. Es werde auch Erwerbslosenunterstützung gewährt. Besonders Augenmerk werde auf die Arbeitsvermittlung gerichtet. Ebenso können Darlehen zur Wiederanrichtung der Erbsitzung gewährt werden. Ein Gesetz zur Regelung der Frage sei in Vorbereitung.

Die nächste Anfrage des Abg. Niedmiller (Soz.) behandelt die Notlage der während des Krieges aus der Schweiz emigrierten Wehrmänner, die jetzt infolge des Einreiseverbots ihr zurückgelassenes Hab und Gut aus der Schweiz nicht abholen können.

Ein Regierungsvertreter erwidert, daß die Schweiz in dieser Hinsicht entgegenkommen zugeigt habe.

Auf die Anfrage des Abg. v. Graf (D.M.), ob die Reichsregierung bereit sei, das Material zu veröffentlichen, das über die Tätigkeit des früheren Staatssekretärs Mühlmann Aufschluß gebe und das unbedingt notwendig sei zur richtigen Beurteilung der Vorgänge, die in der Nationalversammlung besprochen worden seien und welche Anlaß gegeben hätten zu den bekannten Erklärungen Dr. Michalis, Hindenburgs, Ludendorffs und Dr. Helfferichs, erwidert ein Regierungsvertreter, daß dieses Material demnächst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werde. Inwiefern letzteres der Fall sein könne, unterliege zurzeit der Prüfung, da nach internationalem Brauch die Veröffentlichung nicht ohne das Einverständnis fremder Regierungen erfolgen könne.

Gesheimrat v. Weller beantwortet dann eine Anfrage des Abg. Dr. Mittelman (D. Sp.), was zur Veränderung der wagnisweisen Abwanderung deutscher Kunstschätze ins Ausland, die im Zusammenhang mit dem schlechten Stand unserer Valuta stehe, in Aussicht genommen sei, damit, daß gefehlende Maßnahmen in Vorbereitung seien.

Die Außenhandelsstellen, die laut Anfrage des Abg. Hugo (D. Sp.) eine außerordentliche Erschwerung des Handels mit sich brächten, sollen nach Mitteilung der Regierung unternommen werden, als sie notwendig erscheinen, um wirtschaftliche Unternehmungen zu vermeiden.

Eine wiederholte Anfrage des Abg. Dr. Mittelman bezieht sich mit dem bekannten Fall Mannheimer-Vetlin. Sie wird von

Gesheimrat v. Weller dahin beantwortet, daß die französischen Goldnoten nicht in Schußhaft genommen, sondern von der Polizei gegen die ertze Menge geschützt worden, nach der Polizei gebracht und dort über ihre Personalien vernommen worden seien. Kameraden hätten sie dann nach der Posthaft gebracht. Die zur Posthaft gehörigen Personen gelten als exterritorial und können nicht zur Verantwortung gezogen werden. Die Regierung könne leider keine Vorlesungen treffen, um die Wiedertehr solcher unsicherer Vorgänge zu verhindern. Bei der gegenwärtigen Lage unserer politischen Verhältnisse seien wir leider nicht imstande, für die Bestrafung der Schuldigen einzutreten, die durch Misse „Wir sind die Sieger, ihr seid Scheweine!“ das Publikum gereizt und den eigentlichen Anlaß zu dem beabsichtigten Vorkommnis gegeben hätten.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs über

Enteignungen und Entschädigungen

aus Anlaß des Friedensvertrags in Verbindung mit der ersten Lesung des Gesetzentwurfs eines Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag.

Beide Vorlagen werden dem Haushaltsausschuß überwiesen, nachdem Reichsminister Müller ausgeführt hat: Die erste Vorlage will der Reichsregierung die rechtliche Grundlage zur Durchführung einer Reihe von Bestimmungen des Friedensvertrages geben. Sie wird dadurch ermächtigt, soweit nicht eine freiwillige Abgabe notwendiger Gegenstände, die auf Grund des Friedensvertrages abzugeben sind, erfolgt, diese für das Reich gegen angemessene Entschädigung zu enteignen. Zu diesem Zweck wird ein beschleunigtes Enteignungsverfahren eingeführt werden. Der Zweck des zweiten Entwurfs ergibt sich aus der Ueberschrift und den näher gekennzeichneten einzelnen Abschnitten (Geldverbindlichkeiten, Versicherungen, Schulden usw.). Während der Sommerpause der Nationalversammlung soll die Regierung auch dringliche gesetzgeberische Maßnahmen treffen können.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die Postgebühren

in Verbindung mit der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Postgesetzes und des Gesetzentwurfs über die Telegraphen- und Fernsprechgebühren. Die §§ 1 bis 3 des Entwurfs über die Postgebühren werden ohne Erörterung angenommen. Zu § 4 beantragt der

Abg. Hugo (D. Sp.) die Beibehaltung des bisherigen Portos, d. h. Befreiung von der beabsichtigten Reichsabgabe für Zeitungen und Zeitschriften, die unter Kreuzband versandt werden.

Direktor Konge vom Reichspostministerium erklärt, daß bisher von der Presse noch keine entsprechenden Wünsche geäußert worden seien. Ferner habe die seitliche Danksagung zu den Zeitungen Mißbräuchen geführt, daß die Beibehaltung des jetzigen Zustandes von der gesamten Postverwaltung für unmöglich gehalten wird.

§ 4 wird unter Ablehnung des Antrages Hugo angenommen, bescheiden der Rest des Gesetzes, sowie ein Antrag, daß bereits am 1. Januar 1920 die Einführung des Einflupatets unter gleichzeitiger Herabsetzung der Gewichtskategorie für Druckfachen und Geschäftsbriefe auf 500 Gramm vorzunehmen sei, daß ferner ein baldiger Entwurf einzubringen sei, durch den alle Portofreiheit aufgehoben und das Portolösungsverfahren beseitigt wird.

Das Gesetz wird auch in dritter Lesung angenommen. Das Gesetz zur Änderung des Postgesetzes wird ohne Erörterung in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso der Gesetzentwurf über die Telegraphen- und Fernsprechgebühren.

Das Gesetz über

Wohnebeihilfe und Wohnerrinnenfürsorge

findet in zweiter und dritter Lesung gleichfalls Annahme. Naturgemäß sprechen zu diesem Gesetz die weiblichen Abgeordneten, die sämtlich ihrem Grundgedanken zustimmen, aber auch bezeichnen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr getan werden könne.

Der polnische Aufstand in Oberschlesien.

Reichskanzler Bauer nimmt das Wort zu folgender Erklärung: Während in Berlin zwischen Preußen und Polen über eine friedliche Nachbarschaft verhandelt wird, haben in Oberschlesien polnische Agitatoren gewalttätig bemanneter Aufstand herbeizuführen versucht. Es sind die bewundernswürdigen Nachrichten über die polnische Revolution im Umlauf. Zu meiner Freude kann ich mitteilen, daß die alarmierenden Nachrichten erheblich übertrieben sind. Am 12. Uhr mittags ist die Radrikat eingetroffen, daß das Generalkommando Herr der Lage sei. Die polnische Truppen eingedrungen sind, sind sie zurückgetrieben oder festgenommen worden. Nur im Gebiet östlich der Linie Beuthen-Bystrzyca hatten sich noch polnische Bänder auf, die noch nicht gefaßt sind. Regulare polnische Truppen sind auf deutschem Boden nicht angetroffen worden. Nach Meldung des Generalkommandos trifft auch die Nachricht von der Besetzung Wisloviw nicht zu. Wir sind militärisch stark genug, um der Lage Herr zu werden. Es gibt nationale polnische Kräfte in Oberschlesien, die bekräftigen, daß die Volkshoheitung zu ihren Ungunsten ausfallen könnte, und die deshalb unter allen Umständen jetzt schon feststehende Tatsachen schaffen wollen. Unsere Aufgabe wird sein, solche Bemühungen zu verhindern und dafür zu sorgen, daß dem Friedensvertrag entsprechend eine wirklich unbedingte unparteiische Entscheidung seitens Oberschlesiens erfolgen kann. Die Regierung betrachtet es als ihre vornehmste Pflicht, die obersteinsten Bevölkerung vor solchen nationalpolitischen Angriffen zu beschützen. Es gerieht mir zur Freude, feststellen zu können, daß die polnische Regierung diesen Kräfte feststellt, daß die polnischen Truppen sich nicht beteiligt haben. Ich glaube, daß diese Mitteilungen dazu beitragen werden, beruhigend auch in Oberschlesien zu wirken.

Darauf vertagte sich das Haus auf nachmittags 4 Uhr.

Soziale Rundschau.

Deutscher Landarbeiterverband, Gau Baden.

In der letzten Zeit gingen wiederholt Artikel durch die Presse, welche sich mit den Landarbeiterskreisen beschäftigten. Für und wider. Beide Teile haben Recht. In Baden wissen wir ja zunächst von diesen Erscheinungen verhältnißmäßig wenig. Aber wenn man so ist, so sind daran keineswegs die Arbeiter schuld, die die gleichen geliebten sind. Diese haben weder vom Kriege noch vom Novemberkrieg etwas verspürt. Während des Krieges füllten sie sich die Taschen und schreien nun Jeter und Morde, daß auch die Landarbeiter Staatsbürger und Bürgerinnen sein wollen und dazu noch gleichberechtigt. Ein ganz besonderer Zynismus dieser Art ist nun aber der Verwalter Bender des Gutes Treßlingen im Oberland zu sein. Die Löhne, die da bezahlt werden, sind Hungerlöhne in wahren Sinne des Wortes. Sechs und sieben Mark für verkohlte Arbeiter ohne Verpflegung. Wie damit ein Familienvater, der sonst nichts als seinen eigenen Verdienst hat, auskommen soll, ist uns ein Rätsel. Die Löhne der Verpflegung erhaltenen Knechte und Mägde bewegen sich zwischen zwei und vier Mark den Tag. Unsere Organisation hat im Auftrage der auf diesem Gute beschäftigten Arbeiter die Lohnforderungen eingereicht. Doch trotzdem der Brief eingeschrieben wurde, gibt der Herr Verwalter einfach keine Antwort.

Wiederholt mußten sich die Arbeiter über das Essen beklagen, weniger über die Qualität (die Landproleten sind ja nicht so verwöhnt), sondern über die Quantität. Als sich nun kürzlich wieder die Arbeiter über das zuwenig bezahlte, wurden sie barock abgewiesen. Nun war aber die Geburt der Arbeiter zu Ende. Sechs Mann verweigerten an diesem Nachmittag die Arbeit, meldeten sich aber am anderen Morgen wieder zum Arbeitsantritt. Doch sie wurden kurzerhand entlassen. Als nun der Gauleiter des Verbandes und der Kreisverwaltermann mit diesem Herrn Verwalter im Auftrage des Landarbeiterverbandes unterhandeln wollten, erklärte der Herr Verwalter, einen Landarbeiterverband gibt es nicht. Die Leute werden einfach nicht wieder eingestellt. Nach dem Verbleib der Antwort auf unseren Tarifvoranschlag geantwortet, erklärte er: Im Papierford sind viele derlei Sachen Platz. Uebrigens wolle er mit uns nichts zu tun haben.

Nun gestalten wir uns in aller Öffentlichkeit die Frage: Darf man sich wundern, wenn die Arbeiter und ihre Beauftragten so behandelt werden und Dinge vornehmen, die der friedl. Bevölkerung, da sie für die nötigen Lebensmittel bangt, nicht schick sind? Oder soll die Landarbeiterschaft nach wie vor unter der Knute stehen, ohne nur in geringen zu murren? Oder glaubt man, wenn die Landarbeiterschaft so behandelt wird, daß dem Kaufe: Zurecht! Gains! Folge geleistet wird? Das Gegenteil wird eintreten! Simein in die Stadt, sagt das Land. Die Organisation wird mit diesen Herren überall ein ernstes Wort reden. Silt dieses nicht, so müssen auch die Landarbeiter zur Selbsthilfe greifen und das ist die Verweigerung der Arbeitskraft.

Arbeitsgemeinschaft der badischen Landwirtschaft.

Die landwirtschaftlichen Körperschaften sind zu einer Arbeitsgemeinschaft der badischen Landwirtschaft zusammengeschlossen worden. Die Vereinigung hat den Zweck, alle Angelegenheiten der badischen Landwirtschaft auf wirtschaftlich-technischem, volkswirtschaftlichem und wirtschaftspolitischen Gebiet gemeinsam beraten und zu vertreten. Demgemäß wird die Arbeitsgemeinschaft gebildet von der Badischen Landwirtschaftskammer, dem Badischen Landwirtschaftlichen Verein, dem Genossenschaftsverband Badischer

landwirtschaftlicher Vereinigungen, dem Badischen Bauernverein und dem Badischen Bauernbund. Monatlich soll mindestens einmal eine Sitzung der Arbeitsgemeinschaft stattfinden, zu der jede Organisation bis zu fünf Vertreter entsendet. Es ist vorgesehen, die Tagungsorte abwechselnd in verschiedene Landesgegenden zu verlegen und für die einzelnen Sachfragen sachverständige Gewerkschaften zu entsenden.

Jugend und Sport.

Bundeswertungsturnen der Arbeiterturner

Die Bezirksvorturnerführung, die am 3. August in Karlsruhe stattfand, beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem am 31. August auf dem Karlsruher Meßplatz stattfindenden Bundeswertungsturnen. Der Beginn des Wertungsturnes (Dresdener, Kugelhoch, 100 m-Lauf und Freiwagen) wurde auf 6 Uhr morgens festgesetzt. Jeder Verein ist verpflichtet, auf je 10 Turner einen Kampfrichter zu stellen. Abmarsch des Festzugs um 2 Uhr am Ludwigsplatz. Nach Antritt auf dem Festplatz werden die allgemeinen Freiwagen vorgeführt, anschließend Festrede und Einübungen der Schüler und Schülerinnen. Um 4 Uhr Sonderwertungen der Vereine und Entschädigungsspiele um die Bezirksmeisterschaft in Faustball. Um 5 Uhr Fußballspiele der Badische Gruppe gegen Pingsgruppe. Außerdem werden den ganzen Tag über Faustball- und Schlagballspiele ausgetragen. Von einem Bundeswertungsturnen an Orten wurde Abstand genommen, doch ist es erwünscht, wenn möglichst viele Vereine sich durch Wertungsturnen an den Sonderwertungen beteiligen oder ihre besten Turner zu den Bezirksmeisterschaften stellen. Es liegt nun an den Vereinen des Bezirks, dafür Sorge zu tragen, daß auch der letzte Turngenosse am Bundeswertungsturnen aktiven Anteil nimmt. Am 31. August gilt es in Karlsruhe zu zeigen, daß auch die Arbeiterturner und Sportler auf dem Gebiete der Körperpflege und Volksgesundheit Erprobungsfeld zu leisten imstande sind.

An die Arbeiterorganisationen und Vereine von Karlsruhe richten wir die Bitte, am 31. August von Veranstaltungen Abstand zu nehmen. Die Arbeiterturner haben sich immer zur Verfügung gestellt, wenn es galt, Arbeiterfeste zu veranlassen, sie glauben auch deshalb auf einen zahlreichen Besuch der Karlsruher Arbeiterschaft rechnen zu dürfen. Das Programm ist äußerst abwechslungsreich, sodass jeder Besucher befriedigt sein wird.

Landeskongress des Verbandes des deutschen Verkehrspersonals (Gau Baden).

Am 17. und 18. August fand in Karlsruhe eine Konferenz der Organisationen des Verbandes des Deutschen Verkehrspersonals, Gau Baden, statt, die sich in der Hauptsache mit den gegenwärtigen Feuerungs-, Lohn- und Gehaltsverhältnissen des badischen Eisenbahnpersonals beschäftigte. Sämtliche Teilnehmer waren sich darin einig, daß die durch den Lohnsatz im März d. J. vereinbarten Löhne infolge der in den letzten Monaten eingetretenen Preissteigerung aller Lebens- und Bedarfsartikel überholt sind. Einig war sich die Konferenz auch darin, daß eine durchgreifende Besserung der traurigen Verhältnisse nur durch einen Abbau der Preise erreiht werden kann. Die Verbandsleitung war diesbezüglich wiederholt beim Finanz- und Staatsministerium vorstellig mit dem Resultat, daß seitens der Regierung versprochen wurde, das Mögliche nach dieser Richtung zu tun. Die Konferenzteilnehmer kamen jedoch zu der Ueberzeugung, daß es nach Lage der Verhältnisse der Regierung nicht möglich sein wird, in absehbarer Zeit eine wesentliche Besserstellung des Personals auf diesem Wege herbeizuführen. Wohl wurde anerkannt, daß auf Drängen unserer Organisation durch Veränderung des § 6 des Lohnsatzes, wonach ab 1. August die Lohnbemessung ausschließlich nach dem Lebensalter erfolgt, hauptsächlich für die jüngeren Arbeiter eine kleine Verbesserung eingetreten ist. Andererseits steht aber fest, daß in der Privatindustrie zurzeit wesentlich höhere Löhne bezahlt werden.

In der sehr regen und ausgiebigen Diskussion, an der sich Kollegen aus allen Teilen des Landes beteiligten, kam deutlich und scharf zum Ausdruck, daß die herrschende Not nicht lokaler Natur ist, sondern allgemein besteht. Die große Mehrheit der Redner war mit der Verbandsleitung der Ansicht, daß neben den bestehenden Tariflöhnen durch Gewährung von Feuerungs- und Kinderzulagen ein Ausgleich geschaffen werden muß. Die Zulagen sollen im Hinblick darauf, daß der Herbst vor der Tür steht und somit an die Anschaffung von Wintervorräten gedacht werden muß, zum größten Teil so rasch als möglich bewilligt werden. Des Weiteren sollte unbedingt seitens der Regierung einem großen Mangel abgeholfen werden, der in der großen Differenz zwischen Lohn und Krankengeld zum Ausdruck kommt. Rasche Hilfe ist dringend geboten und Sache der Regierung und rasche Hilfe ist dringend geboten und Sache der Regierung und rasche Hilfe ist dringend geboten und Sache der Regierung.

Die Konferenz befahte sich des Weiteren noch mit der Entlassung solcher Arbeiter, die nicht auf Verdienst angewiesen sind und Selbstverpfleger sind. Die Arbeitervertreter sind angewiesen, die einzelnen Fälle genau zu prüfen und streng darauf zu achten, daß Ungerechtigkeiten vermieden werden. Aufgabe der Staatsbetriebe muß es sein, das Heer der Arbeitslosen nach Möglichkeit zu verringern. Wer aber nachweislich Arbeit und Mäde zu Hause hat und nur nebenbei noch zur Bahn geht, hat schon die moralische Verpflichtung, einem Arbeitslosen Platz zu machen.

Die Konferenz befahte sich des Weiteren noch mit der Einführung des Betriebsratswesens, von dem erwartet wird, daß es auch für die Verkehrsbetriebe das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft bringt. Ein gemeinsames Vorgehen mit den übrigen Verbandsinstanzen soll sofort nach Abschließung des Gesetzes durch die Nationalversammlung in die Wege geleitet werden. Ein Vertreter der Württembergischen Eisenbahner sprach sich im gleichen Sinne aus. Das Resultat der in allen Teilen ernst und sachlich verlaufenen Konferenz gipfelte in der Annahme folgender Entschlüsse:

1. Die Konferenz stellt sich auf den Boden der von der Reichsregierung in Vorschlag gebrachten Feuerungs- und Kinderzulagen für alle Staatsarbeiter und -Beamtinnen mit der Maßgabe, daß 100 % der Zulage und 1/2 der Kinderzulage sofort mit dem übrigen Betrag in drei Monatsraten bis Jahresende zur Auszahlung kommt.
 2. Die bisherigen Abzüge an den laufenden Feuerungsbeiträgen sind rückwirkend ab 1. März d. J. aufzuheben. Die Feuerungsbeiträge selbst sollen entsprechend den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen erhöht, die Einkommensgrenze für Gewährung der Kinderzulagen von 30 M auf 50 M festgesetzt werden.
 3. Die Konferenz fordert weiter, daß in Krankheitsfällen an sämtliche Lohnempfänger die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn auf die Dauer von 26 Wochen bezahlt wird.
- Die Verbandsleitung wird beauftragt, im Benehmen mit der Hauptverwaltung diese Forderungen bei den maßgebenden Instanzen mit allem Nachdruck zu vertreten.
- Es ist zu erwarten, daß sich die Eisenbahner der übrigen Bundesstaaten dieser Forderung anschließen werden.

Aus der Stadtratsitzung vom 14. August 1919.
Oberbürgermeisterliche. Auf das Ausschreiben der Stelle des Oberbürgermeisters sind 11 Bewerbungen eingegangen. Der Stadtrat beruft eine Kommission zur weiteren Behandlung der Angelegenheit.
Ergänzung des Bürgerausschusses. An die Stelle des infolge Wegzugs von hier aus dem Bürgerausschuss ausgeschiedenen Ingenieurs Hans Kaufmann tritt nach den gesetzlichen Bestimmungen als nächster der gleichen Wahlbezirksliste angehörender Bewerber der Deutschen Demokratischen Partei Rechtsanwalt Otto Heinsheimer mit Amtsdauer bis zur Erneuerungswahl des Bürgerausschusses im Jahre 1922.
Errichtung einer Gaswasserbereitungsanlage. Beim III. Gaswerk. In dem für die Erweiterung des III. Gaswerkes unter dem 13. Juli 1914 vom Bürgerausschuss bewilligten Kredit waren 90 000 M für die Errichtung einer Anlage zur Verarbeitung des bei der Gaserzeugung sich ergebenden Ammoniakwassers vorgesehen. Es sollte hauptsächlich Schwefelsäure-Ammoniak hergestellt werden, das als Düngemittel begeben ist. Die Anlage konnte aber während des Krieges nicht ausgeführt werden. Nunmehr beantragt das Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt die alsbaldige Erbauung der Anlage, zumal die bestehenden Einrichtungen für die Verdichtung des Gaswassers ungenügend sind. In Uebereinstimmung mit der Baukommission beschließt der Stadtrat, beim Bürgerausschuss die zur Errichtung der Anlage dienlich über den Kredit vom Jahre 1914 hinaus erforderlichen Mittel von 250 000 M beim Bürgerausschuss anzusprechen.
Verbesserung der Gasverteilungsanlage im ehemaligen Gas-

wert I. Das Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt schlägt vor, die auf dem Gelände des ehemaligen Gaswerkes I, Kaiser-Allee 11, bestehenden über 40 Jahre alten Einrichtungen zur Verteilung des Gases, die den heutigen Anforderungen nicht mehr genügen und insbesondere zu einer geordneten Gasverteilung der West- und Südweststadt nicht mehr ausreichen, durch neue an anderer Stelle des Grundstücks zu ersetzen. Die Kosten der Anlage samt Rohrleitungen sind auf 270 000 M berechnet. Der Stadtrat fordert sie in Uebereinstimmung mit der Baukommission beim Bürgerausschuss an.
Schaffung weiterer Kleingärten. Das Generalkommando 14. A. K. hat sich auf Ersuchen des Stadtrats bereit erklärt, den südwestlichen Teil des großen Exerzierplatzes (anschließend an das städt. Krankenhaus und die Telegrafenkaserne) zur Anlage von Kleingärten der Stadtgemeinde zu überlassen. Auf diesem Gelände ist die Einrichtung von etwa 20 Kleingärten möglich. Die beteiligten städt. Stellen sind nun beauftragt worden, Vorschläge darüber zu machen, auf welche zweckmäßige Weise und mit welchen Kosten auf diesem Gelände der Rest des Reichstagsgeländes beim III. Gaswerk aufgebracht werden kann.
Schulegesundheitspflege. Der Stadtrat beschließt, beim Bürgerausschuss die Schaffung der etatsmäßigen Stelle eines Stadt- und Schularztes mit Wirkung vom 1. Oktober ds. J. zu beantragen und durch öffentliches Ausschreiben zur Bewerbung um die Stelle aufzufordern.
Umschreibung auf andere Kundenlisten. Das städtische Rahmungsamt wird ermächtigt, Anträge auf Umschreibung auf den Lebensbedürfnisverein, die mit der Mitgliedschaft bei diesem Ver-

ein oder dem Beitritt zu demselben begründet werden, fünfjährig regelmäßig fortzugeben.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Katern. 1. Bei Gemeindebeamten ruht ein Teil der militärischen Versorgungsgebühren, und zwar ruhen alle unter 21 Hundertel der Rente zuerlassenen Rententeile und alle 90 Hundertel der Rente übersteigenden Rententeile. — 2. Wegen der Auslegung des Tarifvertrages können Sie sich wenden an die Gauleitung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Herr Karl Bürger, Akademiestraße 84, hier. — 3. § 22 Absatz 2 der Gemeindeordnung besagt: „Den Gemeinderäten ist eine angemessene Entschädigung für Zeitaufwand zu gewähren. Ein Verzicht auf diese Entschädigung ist unzulässig.“ Lassen Sie sich vom Bürgermeister doch sagen, auf welche Bestimmung er sich beruft; und ist eine andere Bestimmung nicht bekannt.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Familien Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Erstlingen. (Soz. Wahlverein.) Morgen Donnerstag, abends punct 8 Uhr, Vorstandssitzung in der Rest Traut, Redaktions- und Postamtliches Erscheinen notwendig 5759

Wir bieten an
Fahrradgummi
 prima Auslandsware
zu herabgesetzten Preisen.
Nordische Stahlgesellschaft
 m. b. H. 5627
 Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 81.

Städtisches Konzerthaus.
 Mittwoch, den 20. August 1919. 5757
Die Faschingsfee.
 Operette in drei Akten von Dr. A. M. Willner und Rudolf Oesterreicher. Musik von Emmerich Kálmán.
 Anfang 7/8 Uhr. Ende 11/11 Uhr.

Email-Geschirre
 werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 4008
Geschirr-Reparaturanstalt
 Karlsruhe, Körnerstr. 35, im Hof. Telefon 1421.

LUXUM Lichtspiele
 Das neueste Abenteuer des berühmten Detektivs **Fred Horst**
Professor Bartons Erfindung
 Ein Detektivschauspiel in vier Akten.
 In der Hauptrolle des Detektivs **Fred Horst**
Bruno Eichgrün.
 Durch die aufsehenerregende spannende Handlung und durch die mit scharfer Logik angeführten geraden vorblühenden Entschlüsse des Detektivs Fred Horst zählt dieser Film zu den interessantesten der Detektivschauspiele.
 Ausserdem das grosse Filmwerk **Die Geheimnisse des Hauses Nr. 37**
 Dramatisches Lebensbild in fünf Abteilungen.
 Hauptdarsteller: 5754
Erra Bognar
 und **Fritz Achterberg.**
 Künstlerkapelle.

Daniels Konfektionshaus
 Fernsprecher 1846 Wilhelmstr. 34.
 Weiss-Blusen etwas angetrübt M. 13.75 an
 Farb-Blusen mit kleinen Webf. M. 16.75 an
 Seiden-Blusen M. 34.75 an
 Seiden-Jacken M. 95.— an
 Jacken-Kleider in gut. Ware M. 114.— an
 Jacken-Kleider mit Seidenf. M. 140.— an

Bauplatz-Verkauf.
 Am Samstag, den 23. ds. Mts., vormittags 1/2 11 Uhr, wird im Rathaus dahier, Zimmer Nr. 7, der städt. Bauplatz Ecke Haupt- und Friedrichstraße (beim grünen Hof) 13 ar 83 qm groß, zu Eigentum öffentlich versteigert.
 Die Bedingungen können auf dem Rathaus dahier, Zimmer Nr. 2, eingesehen werden.
 Dursch, den 18. August 1919. 5756
 Der Gemeinderat: J. R. Fr. Weber.

Die **Damen-Hutfabrik**
Carl Kraemer & Co.
 Friedenstraße 7 Karlsruhe i. B. Tel. Nr. 624
 übernimmt das **Unfassonieren** von Damen-Hüten, Haars, Pelour, Sammet- und Plüschhüten nach den neuesten Modellen der Winterlaizon 1919/1920 unter Garantie sachmännischer Ausführung und schnellster Lieferung.

Für Urlaub und Sport!
Damen-Sport- und Reise-Kostüme . . . Mk. 170.— bis 350.—
Damen-Wasch-Blusen, weiss, aus Batist, Mull, Opalbatist, Volle Mk. 29.—, 37.—, 44.—, 55.—, bis 70.—
Damen-Sport-Röcke Mk. 54.— und 65.—
Seldene Damen-Jacken Mk. 190.—, 230.— bis 350.—
Reinwoll. Damen-Sportjacken mit Gürtelschal, grau Mk. 80.—
Damen-Gummimäntel neueste Formen in grosser Auswahl.
Herren-Lodenmäntel Mk. 131.— bis 230.—
Herren-Gummimäntel Mk. 190.— bis 350.—
Herren-Sport-Hemden, weiss und farbig, Mk. 39.50, 40.—, 42.— und 68.50
Hosenträger, Ia. Gummi.
Vollständige Touristen-Ausrüstungen
 Rucksäcke, Ia. Segelleinen Mk. 4.— | Sportstrümpfe v. Mk. 11.— an
 Feldflaschen Mk. 4.— | Wickelgarnachen Mk. 19.50
 Isolierflaschen Mk. 8.50 | Kammlin-Touristen-Koffer von 17.50 an
Berg- und STIEFEL für Damen
Touren-
Sporthaus Freundlieb
 Kaiserstraße 185 KARLSRUHE I. B. Gegründet 1863

Rastatt. Rastatt.
 Verkauf von **Alt- u. Möbel**
 Neu- u. Möbel
 Besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Karl Rauch,
 Kaiserstr. 49. Kaiserstr. 49.

Neuer Legit., Meyer's
 Legit. 4. Aufl. 24 Bände
Meyer's Legikon
 7. Auflage 6 Bände
Wörterbuch Legikon v. 1908
 Weltall und Menschheit
Wohlfahrt's Tierleben seriz
 8. und 4. Auflage
 u. and gute Bücher Kauf
 A. Schumann Verlag,
 Leipzig, Königstraße 23.

Todes-Anzeige.
 Heute früh verschied sanft, 28 Jahre alt, unsere liebe
Elita.
 In größtem Schmerz
Familie Theodor Zenter.
 Beerdigung: Donnerstag, den 21. August, vormittags 11 Uhr. 5747

Sängerbund Vorwärts
 18 90
 Karlsruhe
 Unsern Mitgliedern die tief betäubende Mitteilung, daß wir nochmals ein Opfer des unsinnigen Weltkrieges zu beklagen haben. — Fern der Heimat, in englischer Gefangenschaft, starb am 9. August unser ehemaliger Sangesgenosse
Valentin Becker
 Seine Hoffnung, zu seiner Mutter zurückkehren zu dürfen und wieder in unsere Reihen zu treten, hat sich nicht erfüllt. Wir glauben, daß wir das Los seiner Angehörigen erleichtern, indem wir uns ihrer Trauer anschließen.
 5759 **Der Vorstand.**

Galerie Moos
 Kaiserstrasse 187 L.
 Juli—August 4000
42. Sonderausstellung
„Schwarzwald“
 Geöffnet:
 Werktags: 10—6 Uhr.
 Sonntags: 11—1 Uhr.

Sie rauchen zu viel!
„Rauchertröck“ 0780
 Tabletten (gel. gelb.) ermöglichen das Rauchen ganz oder teils einzustellen. Unschädlich! 1 Schachtel M. 2, 6 Schachteln M. 10 frei Nachh.
 Versand Haus, Hamburg 12/13.

Zigaretten
 100 Stück 10 Mk., gibt ab
 Nicht, Gräfelfing.

Ein guter Trunk
 Ist Ihnen gestört trotz der **Getränknot**, wenn Sie zur Vereinfachung von **Gausfrank** Dr. Schweizer **Kunststoffsubstanzen** **Tamavino** verwenden. Dieses altbewährte Getränk einfach mit Zucker im Wasser angefügt verleiht rasch zu einem alkoholfreien Getränk, das wie guter Obstmost schmeckt u. an Güte u. Verdaulichkeit unübertroffen ist. 150 R. 100 R. 75 R. 50 R. 10.— 7.50 5.20 5.—
 Wer keinen Zucker zur Verfügung hat, nehme **Tamavino** mit künstlichem Süßstoff zur Herstellung eines alkoholfreien obstmofähnlichen Getränkes. 150 R. 100 R. 75 R. 50 R. 12.— 9.— 7.50 5.80
 in Kolonialwaren- und Konsum-Geschäften.
Nährmittelwerk Dr. Schweizer, Erzingen
Druckmaschinen hierher
 Druckmaschinenwerk

Apfelella
ganze und halbe Flaschen. 5721

Apfelgold
ganze und halbe Flaschen.

Planbuch & Co.

Hilfsbuch für Uhrmacher
Nr. 5.—, Reparatur von Taschenuhren 6.50, Der Kronenaufzug 2.80, Chem. techn. Rezeptbuch für Uhrmacher 5.80, Reparatur der Zylinderuhr 7.75, Fachzeichnen des Uhrmachers 6.55, Uhrmacher Gehilfenprüfung 8.90, Handbuch für Uhrmacher 15.75, Lehrbuch d. Optik 17.20, Der Galvanotechniker 9.90, Der Feinmechaniker 8.25, Rechenhefter 4.70, Lohnrechner 2.00, Buchführung 5.75, Nützlich Deutsch 5.75, Französisch 5.75, Englisch 5.75, Polnisch 5.75, Rechtschreibung (Luden) 7.15, Fremdwörter-Buch 5.75, Rechts-Formular-Buch 5.75, Rechnen 5.75, Geschäfts- u. Priv. Briefsteller 5.50, Gut. Lou u. seine Sittte 5.75, Tanzlehrbuch 3.35, Die Gabe der gewand. Unterhaltung 3.20, 8000 Rezepte zu Handelsartikeln 15.00, Preisgekr. Lehrbuch d. Landwirtschaft 13.35, Gegen Nachn. 4974

L. Schwarz u. Co.,
Verlagsbuchhandlung,
Berlin E 14 O Unterstr. 24.

Städt. Badenanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe.

Medizin. Bäder.
Fichtennadel-Salz (Rappenaue oder Stassfurter), Mutterlauge und Schwefel-(Thio-pino-)Bäder. 4298
Badezeit für Herren u. Damen: Vormitt. von 9—1 Uhr und nachmittags von 2 1/2—7 1/2 Uhr. Samstags bis 8 1/2 Uhr.
An Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Blinden-Arbeit.
Ganzhaare, Birken und Aohhaar-Birken empfiehlt Wilh. Boos, Viktorstr. 6. 4612

Planbuch & Co.

Mineralwasser
Kronthaler
Neufelters
Seinacher
Seiser
Sprudel 5738

Planbuch & Co.

Rudolph Holl, Dentist
Karlsruhe, Ritterstr. 8, neben Warenhaus Tietz
Fernruf 2798. 4102
Sprechstunden: 9—12 und 2—6 Uhr.
Samstag nachm und Sonntag keine Sprechstunde.

Keine Wanzemehr für Mk. 2.50
nur mit Kammerjäger Berg's Nicodal u. II zu erzielen.
Restlose Wanzen- u. Brutvernichtung.
Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden.
Gesetzlich geschützt. — Viele Dankschreiben.
Doppelpack M.2.50, Ausreichend f. 1-3 Zimmer u. Betten.
Verkauf: Fidelitas-Drogerie, Karlstr. 74, Drog. Rud. W. Lang, Kaiserstr. 21.
Bei Eins. v. M. 2.70, oder Postscheckkonto Berlin 31286, portofreie Zusendung nach auswärts durch 2119
Herm. A. Grosseel, Berlin, Königgrätzer Strasse 49.

Badische Technische Hochschule Karlsruhe.
Beginn d. Wintersem. 1919/20: 1. Okt. 1919.
Beginn der Einschreibungen: 22. Sept. 1919.
Som 15. September ab finden 5723

ferienkurse
in **Mathematik, Statik, Chemie und Physik** ::
für Kriegsteilnehmer statt. Anmeldung bis 10. September. Das Vorlesungsverzeichnis kann zu 1 Mk. durch das Sekretariat bezogen werden.

Bürstenwaren enorm billig!

Das Angebot bedeutet eine einmalige aussergewöhnliche Kaufgelegenheit!

Wurzelbürsten 4reihig, Wurzel Stück 50 Pfg.	Scheuerbürsten 4reihig, Bassin-Drahtenzug Stück 50 Pfg.	Schmutzbürsten 7reihig, Borsten Stück 50 Pfg.	Antragbürsten reine Borsten 4reihig Stück 20 Pfg.
--	--	--	---

Wichsbürsten Ser. I II III
reines Rosshaar, reine Borsten **1.40 1.10 80.**

Kleiderbürsten reine Borsten Stück 2.50	Kopfbürsten Stück 2.—
--	--

Schnurrbartbürsten
5reihig, weisse Borsten Stück **40.** Solange Vorrat.

Geschwister KNOPF. 5745

Verkauf im Lichthof.

Bügelu
von Herrenwäsche kann jede Dame diese Woche bei einmaliger praktischer Erläuterung vormittags von 10—12 und nachmittags von 2—5 Uhr erlernen.
Ein Stück Wäsche kann mitgebracht werden.
Sonntag Nr. 5.—, Karlsruhe 5703
Rudolfstr. 18, part.

Billiges Gelände für Kleingärten.
In der Nähe des neuen Hauptbahnhofes ist billiges Gelände für Kleingärten zu verkaufen. Nur geringe Anzahlung und mäßige jährliche Abzahlung erforderlich. Auskunft erteilt Terrain- und Baugesellschaft Südbaden, Sofienstraße 56, Telefon 545. 5454

Volksbuchhandlung der sozialdem. Partei Adlerstraße 16
befindet sich jetzt

Oberhaardter Riesling-Weine

eingetroffen und empfehle solchen von **Mk. 6.40** 5663
an per Liter — ohne Steuer.

Hermann Schuler
Weingroßhandlung
Karlsruhe Fernspr. 3304 Wilhelmstr. 4a.

W. MUND, ARCH.
KARLSRUHE - MAXAUSTRASSE 28

Graue Haare
u. Bart erh. garant. dauernd Naturf. u. Jugendfr. wied. b. unfr. seit 12 Jahr. best. bew. „Martinique“ 4601
Zauj. h. Nachbest. Pl. A 4.
Nachn. nur durch Sauts Versand München 26.

Einige Schlafstellen,
(gute Betten), sowie **Mittag- u. Abendessen** ist zu erhalten 5658
Zähringer-Strasse 2.

Frauenschutz
Vorl. Frauen lassen sich kostenlos unfr. Broschüre über unsere hygien. Schutzmittel senden. Rückporto beilegen.
Norra-Versand
Fürth i. B., Sommerstrasse 3, 5571 z

Achtung! Achtung!
Angestellte in städt., staatl. und militärischen Dienststellen.
Mittwoch, den 20. August, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des „Löwenrathen“, Kaiser-Wilhelmhalle

Große öffentliche Versammlung.
Tagesordnung:
„Die bevorstehenden Entlassungen der ausstillweisenden Angestellten in städtischen, staatlichen u. militärischen Dienststellen.“
Referent:
Kollege Kiefer vom Central-Verband der Angestellten.

Freie Ansprache.
In Anbetracht der Wichtigkeit ist es Pflicht jedes Angestellten in dieser Versammlung persönlich zu erscheinen. Keiner darf fehlen. — Die Dienststellen und Behörden sind zu dieser Versammlung eingeladen.
Die Einberufer: 5750
Zentral-Verband „Selbsthilfe“, Vereinigung der Angestellten der ausstillweis. Angestellten

Zentralverband der Angestellten.
Donnerstag, den 21. August, abends 7 1/2 Uhr
Versammlung der „Sektion-Industrie“
im Lokal zur „Goldenen Krone“, Amalienstraße
Tages-Ordnung: 5751
1. Vortrag: „Die Betriebsräte.“
Referent: Kollege Kiefer.
2. Verschiedenes.
Der Sektion-Vorstand.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter Filiale Karlsruhe.
Sonntag, den 24. August
Ausflug
nach Pforzheim, von dort aus gemeinsam mit den Pforzheimer Kollegen zu Fuß nach Wüstenbrunn, Ausflugsort, Engelbrunn, Gröfenthal, Neuenbürg und Pirkensfeld zurück nach Pforzheim.
Abfahrt am Hauptbahnhof 6.30 Uhr, Rückfahrt 7.15 Uhr von Pforzheim.
Die Verpflegung für den ganzen Tag ist mitzunehmen.
Zahlreiche Beteiligung erwartet 5752
Die Ortsverwaltung.

Einheitszuchtthaus oder Einheitschule?
Ueber dieses Thema spricht morgen Donnerstag, den 21. August, abends 7 1/2 Uhr im großen Saale der Festhalle
Herr Dr. Arthur Rosenber, Berlin
Privat-Dozent an der Berliner Universität.

Zu dieser öffentlichen Volksversammlung laden wir die Bevölkerung, insbesondere die Lehrschaft von Karlsruhe freundlichst ein. 5740
Freie Ansprache! Freie Ansprache!
Unabhängige Sozialdem. Partei Karlsruhe.

Stadtgarlen.
Nur bei gutem Wetter. 5749
Mittwoch, den 20. August, nachm. von 1—7 1/2 Uhr

Konzert
der **Grenadier-Kapelle 109**
Leitung: Obermusikmeister Bernhagen.
Eintrittspreise wie bekannt zuzügl. 5.- Aufbarkeitssteuer.

Rollbahnen
Feldbahnfirma sucht tüchtigen **Vorarbeiter**
der in allen vorkommenden Reparaturarbeiten erfahren ist. Dauerstellung bei betriebsreicher Leistung. Offerten mit Lohnanspruch erb. unter Chiffre 5701 a. d. Exped. d. Blattes